

Sehr geehrte Frau Dr. Hafner,

haben Sie besten Dank für die Zusendung der Wahlprüfsteine der pax christi Gruppe Gilching.

Die Antworten finden Sie unten.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Winklmeier
Bundestagskandidat der SPD im Wahlkreis Starnberg-Landsberg-Germering

ch.winklmeier@t-online.de

0151/12794860
Bräuhausgasse 5
82205 Gilching

Zum Fragenblock 1 – Abrüstung

Teilfrage 1: Ich spreche mich gegen die pauschale Erhöhung des Wehretats auf 2% bis 2024 aus. Sinnvolle und notwendige Rüstungsausgaben sollten mit den europäischen Nachbarn gemeinsam getätigt werden, sodass die Gesamtkosten sinken. Stattdessen sollen die zivilen Projekte gestärkt werden.

Teilfrage 2: Eine komplette Beseitigung der Atomwaffen in Deutschland ist dann sinnvoll, wenn alle atomaren Staaten sich darin einig werden, wie alle Atomwaffen Schritt für Schritt vernichtet werden können.

Teilfrage 3: Ja

Zum Fragenblock 2 – Friedensbildung

Teilfrage 1: Ja

Teilfrage 2: Nein. Freie Gesellschaften und Staaten müssen verteidigungsfähig sein. Um ausreichend gut qualifizierte Verteidigungskräfte zu haben, ist es sinnvoll, den Schülerinnen und Schülern den Beruf der Soldatinnen und Soldaten darzustellen und dafür zu sorgen, dass Lehrerinnen und Lehrer sowohl die Aktivitäten zur Friedensschaffung durch Projekte im In- und Ausland aber auch die Aktivitäten der Bundeswehr, die ebenfalls zur Wahrung des Friedens agieren soll, kompetent vermitteln können.

Teilfrage 3: Werbung und Rekrutierung von Minderjährigen gehört verboten. Der sachliche Austausch im Schulunterricht mit Begleitung von Lehrerinnen und Lehrern sollte von einem solchen Verbot allerdings ausgenommen werden.

Zum Fragenblock 3 – Rüstungsexport

Teilfrage 1: Nein. Ich stehe dafür ein, dass die europäischen Staaten ein gemeinsames Militärbündnis gründen (mit deutlich mehr Kompetenzen als zum Beispiel die NATO), damit die Belastung für die einzelnen Teilnehmerstaaten sich verringert. Einen Rüstungsexport an EU-Staaten würde ich deshalb weiterhin erlauben.

Teilfrage 2: Siehe Teilfrage 1.

Zum Fragenblock 4 – Asyl, Fremdenfeindlichkeit

Teilfrage 1: Das Zeichen der Offenheit und des gegenseitigen Respekts sowie das Zeichen, dass alle Menschen gleich sind. Gerade der unterschwellige Alltagsrassismus (gegen Muslime, Schwarzafrikaner, etc.) gehört dabei massiv unterbunden und muss immer wieder widersprochen werden.

Teilfrage 2: Zur Beseitigung der Fluchtursachen muss jeglicher Beteiligung an nicht von der UN mandatierten Kriegseinsätzen ein Riegel vorgeschoben werden. Außerdem gehört jede militärische Unterstützung durch Rüstungsgüter oder Gelder in Kriegsregionen mit Ausnahme von Notessensrationen verboten. Für den Erhalt des Klimaabkommens ist zu kämpfen. Handelsabkommen müssen überarbeitet und auf Augenhöhe ausgehandelt werden. Die Wirtschaft in ärmlichen Regionen gehört durch eine kontinuierliche Aufbauhilfe, nicht durch Kleinbauern zerstörende Lebensmittelexporte unterstützt.

Eine Integration kann nur erfolgen, wenn denjenigen Menschen, die schutzbedürftig sind, ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gegeben wird. Nur dann kann man sichergehen, dass die Integration in Sprache, Schule, Beruf und Gesellschaft nachhaltig Erfolg liefert.

Zum Fragenblock 5 – EU

Teilfrage 1: Ja, diese Werte sind bedroht, aktuell vor allem in Ungarn und Polen. Diesen Staaten gehört jegliche Unterstützung aus EU-Fördertöpfen gestrichen. Des Weiteren müssen die Verbindungen zu den nichtstaatlichen demokratieverteidigenden Institutionen und Vereinen ausgebaut werden. Sollten sich diese Staaten langfristig von den Werten der EU distanzieren, dann muss schlussendlich der Austritt aus der EU von diesen Ländern vollzogen werden.

Teilfrage 2: Ein Europäischer Pass könnte meiner Meinung nach die Integration verbessern, sofern nur diese Staaten daran teilnehmen, die die Werte der EU hochhalten, siehe Teilfrage 1.

Zum Fragenblock 6 – Gerechtigkeit

Teilfrage 1: Ja

Teilfrage 2: In Deutschland agierende Banken müssen gesetzlich angehalten sein, ab einer gewissen Vermögenshöhe Auskunft darüber zu erhalten, woher dieses Geld stammt und bei unklarer oder kritischer Herkunft verpflichtet sein, die Behörden zu informieren.

Teilfrage 3: Ja

Teilfrage 4: Ja